

Kevin Kobold

# Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 – ein Vergleich

## Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistiken

*Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Besonderheit im deutschen Wahlrecht und weltweit einmalig.<sup>1</sup> Mit ihr lässt sich das Wahlverhalten – das heißt die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe – nach Geschlecht und Altersgruppen analysieren. Die repräsentative Wahlstatistik stellt fest, in welchem Umfang sich die Wahlberechtigten beziehungsweise Wählerinnen und Wähler aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Wahl beteiligen und wie sie stimmen. Damit erlaubt sie bedeutsame Rückschlüsse über deren Wahlverhalten und ihre Beteiligung am demokratischen Staatsleben. Für die Ergebnisse interessieren sich vor allem die politischen Parteien sowie wahlwissenschaftliche Einrichtungen.*

*Die repräsentative Wahlstatistik wurde zum ersten Mal zur Bundestagswahl 1953 durchgeführt. Seither liegen – außer zu den Bundestagswahlen 1994 und 1998, als der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt hatte – entsprechende Ergebnisse durchgehend vor. Auch bei sämtlichen Europawahlen wurde die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Aktuell nehmen 12 Bundesländer bei ihren Landtagswahlen ebenfalls eine solche Wahlanalyse vor.*

*Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse sind ein Auszug aus den Ergebnissen, die im Internetangebot des Bundeswahlleiters ([www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)) zur Verfügung stehen.*

## 1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene Wahlstatistikgesetz<sup>2</sup>.

Zuvor war die wahlstatistische Analyse im Bundes- beziehungsweise Europawahlgesetz sowie in der Bundes- beziehungsweise Europawahlordnung verankert. Mit dem Wahlstatistikgesetz wurden materielle Anforderungen des Bundestatistikgesetzes (§ 9 Absatz 1 BStatG) erfüllt sowie vorher schon praktizierte Maßnahmen zum Schutz des Wählers – Wahlgeheimnis und Datenschutz des Einzelnen müssen ausnahmslos gewahrt sein – gesetzlich festgelegt.

Seit Bestehen des Wahlstatistikgesetzes hat der Gesetzgeber zwei wesentliche Änderungen am Gesetz erlassen: Ursprünglich wurden Briefwahlstimmen in die repräsentative Wahlstatistik nicht einbezogen. Da sich aber der Anteil der Briefwähler/-innen stetig erhöht hat und durchaus unterschiedliche Ergebnisse in den Urnen- und Briefwahlbezirken festzustellen sind, wurden ab der Bundestagswahl 2002 auch die Briefwählerinnen und Briefwähler berücksichtigt. Zur Bundestagswahl 2013 wurden die Altersgruppen bei der Analyse der Stimmabgaben der zunehmend alternden deutschen Bevölkerung angepasst, um auch das Wahlverhalten der älteren Generation differenzierter auswerten zu können.

<sup>1</sup> Siehe Jesse, E.: „Die Bundestagswahl 2013 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik“ in Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jahrgang, Ausgabe 1/2014, Seite 113 ff.

<sup>2</sup> Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I Seite 1023), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I Seite 962).

## 2 Methodische Grundlagen

Die repräsentative Wahlstatistik wird anhand einer Stichprobenauswahl aller Wahlbezirke durchgeführt. Die Auswahl dieser Bezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder. Gemäß § 3 Wahlstatistikgesetz dürfen nicht mehr als jeweils 5 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke im gesamten Bundesgebiet und nicht mehr als jeweils 10 % aller Urnen- und Briefwahlbezirke in einem Land in die Auswahl einbezogen werden. Dabei müssen die ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen und ausgewählte Briefwahlbezirke mindestens 400 Briefwähler/-innen bei der vorherigen Wahl umfasst haben.

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden dieselben Wahlbezirke in der Stichprobe beibehalten wie zur Bundestagswahl 2009. Die Auswahl erfolgte damals aus den 75 966 Urnen- und 12 691 Briefwahlbezirken der Bundestagswahl 2005. Für die Wiederverwendung derselben Bezirke wurde geprüft, ob diese nach wie vor den Anforderungen des Wahlstatistikgesetzes standhielten. War dies nicht der Fall, so galten eindeutige Regeln, um rechtskonforme Ersatzbezirke auszuwählen.

Zur Europawahl 2014 hingegen wurde – mit Ausnahme von Thüringen, wo weiter die Wahlbezirke wie zur Bundestagswahl 2013 beziehungsweise 2009 verwendet wurden – eine Neuauswahl vorgenommen. Auswahlgrundlage waren die 73 541 Urnen- und 11 449 Briefwahlbezirke der Europawahl 2009.

Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke erfolgte jeweils durch eine einfache geschichtete Zufallsstichprobe: Im ersten Schritt wurden in einem mathematischen Verfahren kleine Gruppierungen (= Schichten) gebildet. Diese fassten hierarchisch Bundesland, Bezirksart (Urnen- oder Briefwahlbezirk) und „Ähnlichkeitsstrukturen“ in den Wahlergebnissen (= Cluster) zusammen. Das heißt, es wurden in

einem Bundesland gleichartige Wahlbezirke einer Schicht zugewiesen, in denen die Stimmenverteilung für die Parteien CDU, SPD, GRÜNE, FDP, DIE LINKE und CSU möglichst ähnlich waren. Damit wurde – wie es für eine Stichprobe unerlässlich ist – sichergestellt, dass möglichst alle Ergebniskonstellationen (zum Beispiel bedingt durch regionale Hochburgen einer Partei, regionale demografische Strukturen und so weiter) berücksichtigt sind und die Hochrechnung entsprechend präzise möglich ist. Im zweiten Schritt wurden innerhalb dieser Schichten mittels einer einfachen Zufallsauswahl Wahlbezirke für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählt.

Der Stichprobenumfang für die einzelnen Bundesländer ist unterschiedlich und richtet sich hauptsächlich nach verfügbaren Kapazitäten und organisatorisch-technischen Gesichtspunkten. Der Umfang blieb mit Hinzunahme von Briefwahlbezirken bei den Wahlen ab 2002 weitgehend konstant. Bei der jüngsten Bundestagswahl waren 2 482 Urnen- und 327 Briefwahlbezirke ausgewählt, bei der letzten Europawahl 2 482 Urnen- und 347 Briefwahlbezirke. Gemessen an allen Wahlbezirken waren bundesweit 3,2 % bei der Bundestagswahl 2013 beziehungsweise 3,3 % bei der Europawahl 2014 in der Stichprobe. Die niedrigsten Auswahlsätze gab es jeweils in Baden-Württemberg, die höchsten jeweils in Bremen. Die Auswahlsätze lagen deutlich unter der gesetzlichen Grenze.

Durch diese Auswahlsätze befanden sich zur Bundestagswahl 2013 fast 2,5 Millionen der 61,9 Millionen Wahlberechtigten in der Stichprobe, dies entspricht einem Anteil von 4,0 %. Bei der Europawahl 2014 lag dieser Anteil bei 4,1 %. Gemessen an der jeweiligen Wahlbeteiligung (Bundestagswahl: 71,5 %, Europawahl: 48,1 %) wählten so rund 1,8 Millionen Wähler/-innen bei der Bundestagswahl und 1,2 Millionen Wähler/-innen bei der Europawahl in einem repräsentativen Wahlbezirk. Durch diesen Stichprobenumfang war gewährleistet, dass die Ergebnisse der ausgewähl-

**Tabelle 1 Stichprobenumfang der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014**

	Bundestagswahl 2013			Europawahl 2014		
	Stichprobenwahlbezirke	Wahlbezirke in der Stichprobe	Wahlberechtigte in der Stichprobe	Stichprobenwahlbezirke	Wahlbezirke in der Stichprobe	Wahlberechtigte in der Stichprobe
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Deutschland insgesamt	2 809	3,2	4,0	2 829	3,3	4,1
darunter: Briefwahlbezirke	327	X	X	347	X	X
Schleswig-Holstein	100	3,4	4,3	102	3,8	4,4
Hamburg	32	2,0	2,1	32	2,2	2,2
Niedersachsen	245	2,7	3,2	246	2,8	3,3
Bremen	42	8,3	7,0	37	7,3	7,1
Nordrhein-Westfalen	572	3,6	4,2	556	3,6	4,0
Hessen	127	2,0	2,5	127	2,1	2,7
Rheinland-Pfalz	215	4,2	5,5	219	4,1	5,1
Baden-Württemberg	187	1,8	2,0	189	1,8	2,0
Bayern	422	2,6	3,2	438	3,0	3,9
Saarland	82	6,6	7,7	83	6,8	8,2
Berlin	133	4,4	6,3	131	5,2	6,9
Brandenburg	133	3,8	5,5	133	4,0	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	89	4,0	5,9	90	4,2	6,0
Sachsen	177	4,1	5,0	191	4,4	5,3
Sachsen-Anhalt	120	4,6	6,3	122	4,8	6,6
Thüringen	133	4,2	6,3	133	4,2	6,3

ten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ waren.

Im Vergleich zu Wahlnachbefragungen von Wählerinnen und Wählern am Wahltag durch Wahlforschungsinstitute (sogenannte exit polls), die sich in der Regel nur auf etwa 500 Wahlbezirke stützen, ist die repräsentative Wahlstatistik somit um ein Vielfaches breiter aufgestellt. Darüber hinaus beruht die Wahlstatistik auf dem tatsächlichen Wählerverhalten, da für die Auswertung die amtlichen Wählerverzeichnisse und Stimmzettel herangezogen werden.

Neben der Mindestgröße der Stichprobenwahlbezirke stellen weitere Regelungen das Wahlgeheimnis und den Datenschutz sicher: So unterscheiden sich die amtlichen Stimmzettel aus einem repräsentativen Wahlbezirk gegenüber den „normalen“ Wahlbezirken lediglich um einen zusätzlichen Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und Altersgruppen. Personenbezogene Daten werden nicht erhoben. Durch die Zusammenfassung der Wähler/-innen zu den Altersgruppen ist sichergestellt, dass Rückschlüsse auf die Stimmabgabe eines oder einer Einzelnen ausgeschlossen sind. Des Weiteren sind bei der Auswertung die Wählerverzeichnisse und die Stimmzettel strikt räumlich und organisatorisch auseinanderzuhalten: Die Wählerverzeichnisse, welche zur Ermittlung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter dienen, verbleiben bei den Gemeinden. Die Stimmzettel hingegen werden nach Ermittlung des amtlichen Wahlergebnisses durch die Wahlvorstände verpackt, versiegelt und zur Auszählung der Stimmabgaben an die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder versandt. Nach der Auszählung erhalten die Gemeinden die Stimmzettel zur Verwahrung wieder zurück. Ferner dürfen Ergebnisse einzelner Stichprobenbezirke nicht veröffentlicht werden. Dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern obliegt nur eine Veröffentlichung der Ergebnisse auf Bundes- beziehungsweise Länderebene.

**Tabelle 2 Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik seit 1953**  
Alter von ... bis ... Jahren

Wahljahr <sup>1</sup>			
1953 bis 1961	1965 und 1969	1972 bis 2009	ab 2013
<b>Wahlbeteiligung</b>			
21 – 24	21 – 24	18 – 20	18 – 20
25 – 29	25 – 29	21 – 24	21 – 24
30 – 39	30 – 34	25 – 29	25 – 29
40 – 49	35 – 39	30 – 34	30 – 34
50 – 59	40 – 44	35 – 39	35 – 39
60 – 69	45 – 49	40 – 44	40 – 44
70 und mehr	50 – 59	45 – 49	45 – 49
	60 – 69	50 – 59	50 – 59
	70 und mehr	60 – 69	60 – 69
		70 und mehr	70 und mehr
<b>Stimmabgabe</b>			
21 – 29	21 – 29	18 – 24	18 – 24
30 – 59	30 – 44	25 – 34	25 – 34
60 und mehr	45 – 59	35 – 44	35 – 44
	60 und mehr	45 – 59	45 – 59
		60 und mehr	60 – 69
			70 und mehr

<sup>1</sup> Europawahl seit 1979.

Seit den jüngsten Wahlen zum Deutschen Bundestag und der Abgeordneten aus Deutschland zum Europäischen Parlament ist die Analyse der Stimmabgabe nach sechs – statt bisher fünf – Altersgruppen möglich. Nach dem Wahlstatistikgesetz muss jede Altersgruppe mindestens sieben Geburtsjahrgänge umfassen. Nach Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern wurde die bislang älteste Altersgruppe („60 Jahre und mehr“) in „60 bis 69 Jahre“ und „70 Jahre und mehr“ unterteilt und so die demografische Entwicklung in der Wahlstatistik berücksichtigt. Für die Analyse der Wahlbeteiligung blieb es (wie seit 1972) bei zehn Altersgruppen, wovon jede mindestens drei Geburtsjahrgänge umfassen muss.

Zur besseren Verständlichkeit werden in diesem Beitrag die Ergebnisse nach Altersgruppen dargestellt, erhoben wurden jedoch Geburtsjahresgruppen.

### 3 Wahlberechtigte

Da die Termine zur Wahl des Deutschen Bundestages und der Abgeordneten aus Deutschland im Europäischen Parlament nur gut acht Monate auseinander lagen, kann bei beiden Wahlen eine ähnliche Entwicklung der Struktur der Wahlberechtigten festgestellt werden. So sank nach Auswertung der Wählerverzeichnisse im Vergleich zu beiden Vorwahlen im Jahr 2009 die Zahl der Wahlberechtigten jeweils um fast 225 000. Bei der Bundestagswahl waren rund 61,9 Millionen und bei der Europawahl 62,0 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Parallel zur Bevölkerungswanderung zeigt sich auch hier: Während die Zahl der Wahlberechtigten bei beiden Wahlen im früheren Bundesgebiet leicht angestiegen ist (+0,4%), ging sie in den neuen Bundesländern deutlich zurück (–3,5%).

Nach Geschlecht aufgeschlüsselt waren in der Summe mehr Frauen wahlberechtigt als Männer. Gegenüber den vorherigen Wahlen sank die Anzahl der wahlberechtigten Frauen allerdings verhältnismäßig stärker als die der wahlberechtigten Männer. Bei beiden Wahlen waren rund 32,1 Millionen Frauen und 29,9 Millionen Männer aufgefordert, an der Wahl teilzunehmen. Die Männer waren bei beiden Wahlen bis zu den 49-Jährigen in der Überzahl, in den älteren Altersgruppen kehrte sich das Verhältnis zugunsten der Frauen um.

Deutlich zeigt sich die gegenwärtige demografische Entwicklung. Eine Aufschlüsselung nach den zehn Altersgruppen belegt, dass die Zahl der Wahlberechtigten in der jüngsten Altersgruppe der unter 21-Jährigen gegenüber der vorherigen Wahl stark abgenommen hat (–15,3% bei der Bundestagswahl, –20,3% bei der Europawahl), während bei den 70-Jährigen und Älteren die Zahl deutlich gestiegen ist (Bundestagswahl: +9,2%, Europawahl: +11,7%). Aufgrund des fünfjährigen Turnus der Europawahl fällt die Entwicklung hier deutlicher aus als bei der alle vier Jahre stattfindenden Bundestagswahl. Ebenso war in den mittleren Altersgruppen ein merklicher Rückgang festzustellen, am stärksten in der Gruppe der 40- bis 44-Jährigen mit –22,2% bei der Bundestags- und –28,0% bei der Europawahl. Moderate

Tabelle 3 Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 im Vergleich zu den vorherigen Wahlen

	Bundestagswahl			Europawahl		
	Wahlberechtigte		Veränderung 2013 gegenüber 2009	Wahlberechtigte		Veränderung 2014 gegenüber 2009
	2009	2013		2009	2014	
	1 000		%	1 000		%
Insgesamt .....	62 168,5	61 946,9	- 0,4	62 222,0	61 998,8	- 0,4
unter 21 Jahre .....	2 380,3	2 015,2	- 15,3	2 177,0	1 734,7	- 20,3
21 - 24 Jahre .....	3 526,6	3 365,0	- 4,6	3 530,9	3 221,3	- 8,8
25 - 29 Jahre .....	4 309,6	4 406,2	+ 2,2	4 337,9	4 418,5	+ 1,9
30 - 34 Jahre .....	3 939,2	4 289,6	+ 8,9	3 946,2	4 284,7	+ 8,6
35 - 39 Jahre .....	4 432,3	3 922,1	- 11,5	4 449,8	3 996,5	- 10,2
40 - 44 Jahre .....	6 138,0	4 777,0	- 22,2	6 145,9	4 423,7	- 28,0
45 - 49 Jahre .....	6 459,7	6 319,9	- 2,2	6 463,8	6 140,3	- 5,0
50 - 59 Jahre .....	10 599,0	11 521,1	+ 8,7	10 600,4	11 798,9	+ 11,3
60 - 69 Jahre .....	8 635,7	8 504,1	- 1,5	8 672,8	8 696,6	+ 0,3
70 und mehr Jahre .....	11 748,2	12 826,8	+ 9,2	11 897,3	13 283,7	+ 11,7
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet ...	50 140,7	50 313,4	+ 0,3	50 172,5	50 413,0	+ 0,5
Neue Länder .....	12 027,8	11 633,5	- 3,3	12 049,5	11 585,9	- 3,8
Männer .....	29 879,6	29 858,9	- 0,1	29 891,6	29 945,7	+ 0,2
unter 21 Jahre .....	1 217,2	1 031,1	- 15,3	1 111,1	893,5	- 19,6
21 - 24 Jahre .....	1 782,0	1 699,9	- 4,6	1 788,1	1 644,8	- 8,0
25 - 29 Jahre .....	2 179,4	2 234,0	+ 2,5	2 191,5	2 256,0	+ 2,9
30 - 34 Jahre .....	2 001,1	2 173,9	+ 8,6	2 001,3	2 176,9	+ 8,8
35 - 39 Jahre .....	2 244,4	1 984,5	- 11,6	2 250,3	2 016,3	- 10,4
40 - 44 Jahre .....	3 104,9	2 410,3	- 22,4	3 104,9	2 234,0	- 28,0
45 - 49 Jahre .....	3 254,5	3 189,6	- 2,0	3 254,2	3 109,2	- 4,5
50 - 59 Jahre .....	5 262,3	5 743,0	+ 9,1	5 265,5	5 891,5	+ 11,9
60 - 69 Jahre .....	4 149,3	4 108,2	- 1,0	4 166,3	4 207,0	+ 1,0
70 und mehr Jahre .....	4 684,6	5 284,4	+ 12,8	4 758,4	5 516,5	+ 15,9
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet ...	24 036,8	24 215,9	+ 0,7	24 032,1	24 322,3	+ 1,2
Neue Länder .....	5 842,8	5 643,0	- 3,4	5 859,5	5 623,4	- 4,0
Frauen .....	32 288,9	32 088,0	- 0,6	32 330,5	32 053,1	- 0,9
unter 21 Jahre .....	1 163,0	984,0	- 15,4	1 066,0	841,2	- 21,1
21 - 24 Jahre .....	1 744,6	1 665,1	- 4,6	1 742,8	1 576,4	- 9,5
25 - 29 Jahre .....	2 130,2	2 172,2	+ 2,0	2 146,4	2 162,5	+ 0,8
30 - 34 Jahre .....	1 938,1	2 115,7	+ 9,2	1 944,9	2 107,8	+ 8,4
35 - 39 Jahre .....	2 187,9	1 937,5	- 11,4	2 199,5	1 980,2	- 10,0
40 - 44 Jahre .....	3 033,1	2 366,7	- 22,0	3 041,0	2 189,6	- 28,0
45 - 49 Jahre .....	3 205,2	3 130,3	- 2,3	3 209,6	3 031,1	- 5,6
50 - 59 Jahre .....	5 336,7	5 778,2	+ 8,3	5 335,0	5 907,4	+ 10,7
60 - 69 Jahre .....	4 486,4	4 395,9	- 2,0	4 506,4	4 489,5	- 0,4
70 und mehr Jahre .....	7 063,6	7 542,4	+ 6,8	7 138,9	7 767,2	+ 8,8
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet ...	26 103,8	26 097,5	- 0,0	26 140,4	26 090,6	- 0,2
Neue Länder .....	6 185,0	5 990,5	- 3,1	6 190,1	5 962,4	- 3,7

Zuwächse verzeichneten hingegen die Altersgruppen 25 bis 34 Jahre sowie 50 bis 69 Jahre.

Insgesamt stellten die ab 70-Jährigen den mit Abstand größten Teil aller Wahlberechtigten (Bundestagswahl: 20,7%, Europawahl: 21,4%), gefolgt von den 50- bis 59-Jährigen. Jung- und Erstwähler bis einschließlich 24 Jahren machten zum Vergleich nur einen Anteil von 8,7% bei der Bundestagswahl und 8,0% bei der Europawahl aus.

## 4 Wahlbeteiligung

Die Auswertung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht erfolgt über die Auszählung der Wählerverzeichnisse durch die jeweiligen Gemeinden. Die Ergebnisse

übermitteln sie dann an die Statistischen Landesämter zur Weiterverarbeitung.

Insgesamt beteiligten sich 44,3 Millionen beziehungsweise 29,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger an der letzten Bundestags- beziehungsweise Europawahl. Dadurch wurde der Negativtrend der vorangegangenen Wahlen gestoppt. Die Wahlbeteiligung stieg um 0,7 Prozentpunkte auf 71,5% bei der Bundestagswahl 2013 und um 4,8 Prozentpunkte auf 48,1% bei der Europawahl 2014.

In der repräsentativen Wahlstatistik fällt seit Aufnahme der Briefwähler/-innen im Jahr 2002 die Wahlbeteiligung stichprobenbedingt geringfügig höher aus als im amtlichen Ergebnis. Dies liegt darin begründet, dass bei Wahlscheinhabern – in der Regel sind dies Briefwähler/-innen – nicht

**Tabelle 4 Vergleich der Wahlbeteiligung zwischen dem amtlichen Endergebnis und der repräsentativen Wahlstatistik**  
Prozent

	Bundestagswahl 2013		Europawahl 2014	
	amtlich	repräsentativ	amtlich	repräsentativ
Deutschland . . . . .	71,5	72,4	48,1	49,2
Schleswig-Holstein . . .	73,1	73,8	43,3	43,4
Hamburg . . . . .	70,3	72,1	43,5	45,0
Niedersachsen . . . . .	73,4	74,0	49,1	49,6
Bremen . . . . .	68,8	69,5	40,3	40,8
Nordrhein-Westfalen . .	72,5	73,3	52,3	53,5
Hessen . . . . .	73,2	73,9	42,2	42,9
Rheinland-Pfalz . . . . .	72,8	73,6	57,0	59,0
Baden-Württemberg . . .	74,3	75,1	52,1	53,6
Bayern . . . . .	70,0	71,4	40,9	41,9
Saarland . . . . .	72,5	73,1	54,1	55,0
Berlin . . . . .	72,5	73,6	46,7	48,0
Brandenburg . . . . .	68,4	68,9	46,7	47,6
Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	65,3	65,7	46,8	47,6
Sachsen . . . . .	69,5	70,0	49,2	50,0
Sachsen-Anhalt . . . . .	62,1	62,5	43,0	43,7
Thüringen . . . . .	68,2	68,7	51,6	52,4

ermittelt werden kann, ob diese an der Wahl teilgenommen haben oder nicht. Daher wird angenommen, dass jeder Wahlscheininhaber tatsächlich auch gewählt hat, was zu 95,4% bei der letzten Bundestags- und zu 92,1% bei der Europawahl der Fall war<sup>3</sup>.

Nach der repräsentativen Wahlstatistik lag daher die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl bei 72,4% beziehungsweise bei der Europawahl bei 49,2%, also 0,9 Prozentpunkte beziehungsweise 1,1 Prozentpunkte höher als bei der amtlichen Feststellung. Bei der Bundestagswahl bewegte sich die Wahlbeteiligung nach dem Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik über alle zehn Altersgruppen zwischen 60,3% (bei den 21- bis 24-Jährigen) und 79,8% (60- bis 69-Jährige). Bei der Europawahl war die Spannweite

<sup>3</sup> Die übrigen Wahlscheininhaber/-innen gaben entweder ihre Stimme persönlich in einem beliebigen Wahlraum des (Wahl-)Kreises ab oder sie beteiligten sich nicht an der Wahl.

trotz der geringeren Wahlbeteiligung größer: Hier schwankte sie zwischen 35,3% und 58,2% (jeweils dieselben Altersgruppen). Während zur Europawahl die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Wahl über alle Altersgruppen hinweg deutlich gestiegen ist, wählten bei der Bundestagswahl Wähler/-innen in den Altersgruppen 35 bis 39 Jahre sowie 60 bis 69 Jahre etwas seltener als 2009.

### 4.1 Wahlbeteiligung nach Alter

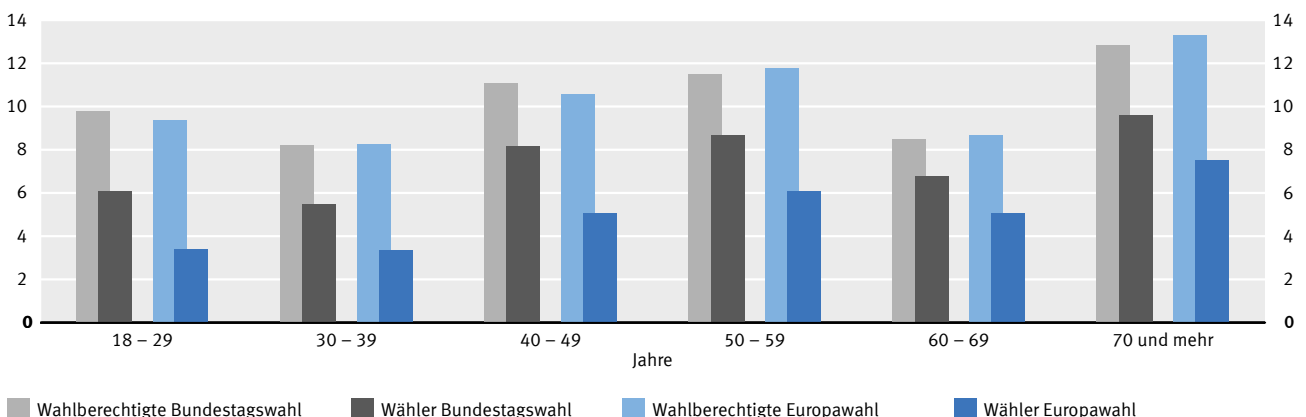
Erstwähler/-innen unter 21 Jahren wählten häufiger als die Wähler/-innen in den nächstfolgenden Altersgruppen. Die niedrigste Wahlbeteiligung wurde – wie bereits oben beschrieben – bei den 21- bis 24-Jährigen festgestellt, danach stieg sie bis zu den 60- bis 69-Jährigen kontinuierlich an. Erst bei den 70-Jährigen und Älteren war wieder eine seltenere Teilnahme an den Wahlen erkennbar. Verantwortlich dafür waren die Frauen, die in dieser Altersgruppe deutlich weniger zu den Wahlen gingen als die jüngeren Frauen der Altersgruppe 60 bis 69 Jahre (Bundestagswahl: –8,4 Prozentpunkte, Europawahl: –4,6 Prozentpunkte) und auch als die gleichaltrigen Männer (jeweils –8,6 Prozentpunkte).

### 4.2 Wahlbeteiligung nach Geschlecht

Insgesamt wählten Männer bei beiden Wahlen geringfügig häufiger als Frauen (jeweils +0,6 Prozentpunkte). Nach Geschlecht und Altersgruppen betrachtet entsteht ein gemischtes Bild, welches aber für beide Wahlen gleichermaßen gilt: Sowohl bei den ganz Jungen unter 21 Jahren als auch bei den 60-Jährigen und Älteren beteiligten sich Männer häufiger an den Wahlen als Frauen. Bei den übrigen Altersgruppen ist es umgekehrt. Am stärksten ausgeprägt ist der Unterschied wie bereits erläutert in der Altersgruppe 70 Jahre und mehr.

Mit lediglich 59,9% bei der Bundestagswahl beziehungsweise 35,3% bei der Europawahl wählten Männer in der Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren am seltensten. Am aktivsten waren sie in der Altersgruppe 70 Jahre und mehr mit einer Wahlbeteiligung von 79,9% beziehungsweise 61,8%. Bei den Frauen war ebenfalls in der Altersgruppe 21 bis 24 Jahre die Wahlbeteiligung mit 60,7% beziehungsweise

**Schaubild 1 Struktur der Wahlberechtigten und Wähler/-innen<sup>1</sup> bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014**  
in 1 000





**Schaubild 2 Struktur der Wahlberechtigten und Wähler/-innen bei der Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014**  
Mill.



weise 35,4% entsprechend schwach ausgeprägt. Am häufigsten beteiligten sich Frauen im Alter zwischen 60 und 69 Jahren mit 79,7% beziehungsweise 57,8%.

Kurzgefasst lässt sich sagen, dass Männer an der Bundestagswahl 2013 ab etwa 45 Jahren und an der Europawahl 2014 ab 50 Jahren sowie Frauen ab 40 Jahren beziehungsweise 45 Jahren überdurchschnittlich häufig teilnahmen.

### 4.3 Wahlbeteiligung in den Ländern

Wie bereits aus dem amtlichen Ergebnis bekannt, lag die Wahlbeteiligung im früheren Bundesgebiet jeweils höher (Bundestagswahl: 72,4%, Europawahl: 48,3%) als in den neuen Ländern (67,6% beziehungsweise 47,3%). Anhand der repräsentativen Wahlstatistik ist zu erkennen, dass bei beiden Wahlen im früheren Bundesgebiet Männer geringfügig häufiger wählten als Frauen (73,8% gegenüber 73,0% bei der Bundestagswahl 2013, 49,8% gegenüber 49,1% bei der Europawahl 2014), in den neuen Ländern waren es die Frauen (68,3% gegenüber 67,8% bei der Bundestagswahl beziehungsweise 48,2% gegenüber 47,9% bei der Europawahl).

Die Gruppe mit der geringsten Wahlbeteiligung waren bei der Bundestagswahl Männer im Alter zwischen 21 und 24 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern mit 44,9%, die mit der höchsten Wahlbeteiligung waren Männer ab 70 Jahren in Niedersachsen mit 83,3%. Bei der Europawahl waren es Frauen unter 21 Jahren in Bremen (25,8%), die am selten-

**Tabelle 5 Wahlbeteiligung und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014**

	Bundestagswahl 2013			Europawahl 2014		
	Wähler		Nichtwähler	Wähler		Nichtwähler
	1 000	%	1 000	1 000	%	1 000
Insgesamt	44 834,8	72,4	17 112,1	30 484,5	49,2	31 514,4
unter 21 Jahre	1 294,1	64,2	721,1	687,7	39,6	1 047,0
21 – 24 Jahre	2 029,7	60,3	1 335,3	1 138,2	35,3	2 083,1
25 – 29 Jahre	2 747,8	62,4	1 658,4	1 599,2	36,2	2 819,3
30 – 34 Jahre	2 811,2	65,5	1 478,4	1 648,7	38,5	2 636,0
35 – 39 Jahre	2 694,5	68,7	1 227,6	1 690,3	42,3	2 306,1
40 – 44 Jahre	3 458,1	72,4	1 318,8	2 024,0	45,8	2 399,7
45 – 49 Jahre	4 718,5	74,7	1 601,4	3 022,6	49,2	3 117,8
50 – 59 Jahre	8 698,6	75,5	2 822,5	6 070,9	51,5	5 728,0
60 – 69 Jahre	6 784,0	79,8	1 720,1	5 061,8	58,2	3 634,8
70 und mehr Jahre	9 598,3	74,8	3 228,6	7 541,0	56,8	5 742,6
Männer	21 700,1	72,7	8 158,9	14 809,3	49,5	15 136,4
unter 21 Jahre	663,6	64,4	367,5	357,6	40,0	535,9
21 – 24 Jahre	1 018,4	59,9	681,5	580,3	35,3	1 064,5
25 – 29 Jahre	1 372,2	61,4	861,8	808,4	35,8	1 447,6
30 – 34 Jahre	1 403,0	64,5	770,8	822,4	37,8	1 354,5
35 – 39 Jahre	1 345,9	67,8	638,6	844,0	41,9	1 172,3
40 – 44 Jahre	1 714,8	71,1	695,5	1 002,9	44,9	1 231,1
45 – 49 Jahre	2 358,1	73,9	831,5	1 511,5	48,6	1 597,7
50 – 59 Jahre	4 317,9	75,2	1 425,0	3 006,8	51,0	2 884,7
60 – 69 Jahre	3 282,2	79,9	826,0	2 466,7	58,6	1 740,3
70 und mehr Jahre	4 223,9	79,9	1 060,5	3 408,6	61,8	2 107,8
Frauen	23 134,7	72,1	8 953,3	15 675,2	48,9	16 377,9
unter 21 Jahre	630,5	64,1	353,5	330,1	39,2	511,1
21 – 24 Jahre	1 011,3	60,7	653,7	557,9	35,4	1 018,5
25 – 29 Jahre	1 375,6	63,3	796,5	790,8	36,6	1 371,7
30 – 34 Jahre	1 408,1	66,6	707,6	826,3	39,2	1 281,5
35 – 39 Jahre	1 348,5	69,6	589,0	846,4	42,7	1 133,8
40 – 44 Jahre	1 743,3	73,7	623,3	1 021,0	46,6	1 168,6
45 – 49 Jahre	2 360,4	75,4	769,9	1 511,1	49,9	1 520,0
50 – 59 Jahre	4 380,6	75,8	1 397,5	3 064,0	51,9	2 843,4
60 – 69 Jahre	3 501,9	79,7	894,0	2 595,1	57,8	1 894,4
70 und mehr Jahre	5 374,4	71,3	2 168,1	4 132,4	53,2	3 634,8

ten wählen gingen. Demgegenüber wählten Männer ab 70 Jahren in Rheinland-Pfalz am häufigsten (72,9%).

#### 4.4 Verhältnis Urnen- und Briefwähler

Bei der Bundestagswahl 2013 nutzten rund 10,8 Millionen Wähler/-innen die Möglichkeit zur Briefwahl, was einer Briefwahlquote von 24,3% entspricht. Bei der Europawahl 2014 gab es 7,5 Millionen Briefwähler/-innen (25,3%). Auffallend ist, dass sowohl bei der Bundestags- als auch bei der Europawahl in den westlichen Bundesländern wesentlich häufiger per Brief gewählt wurde (Bundestagswahl: 25,8%, Europawahl: 26,9%) als in den östlichen (16,4% beziehungsweise 17,4%).

Wie bei der Wahlbeteiligung fallen die Briefwahlquoten in der repräsentativen Wahlstatistik stichprobenbedingt im Vergleich zum amtlichen Ergebnis leicht höher aus (Bundestagswahl: 25,3%, Europawahl: 27,1%). Nach der repräsentativen Wahlstatistik nutzten bei beiden Wahlen Frauen (Bundestagswahl: 26,6%, Europawahl: 28,5%) die Briefwahl häufiger als Männer (Bundestagswahl: 23,9%, Europawahl: 25,6%). Nach dem Alter betrachtet wählte jeweils die Gruppe der ab 70-Jährigen anteilmäßig am häufigsten per Brief (Bundestagswahl: 31,6%, Europawahl: 32,3%), gefolgt von den 60- bis 69-Jährigen (28,6% beziehungsweise 29,6%). Am seltensten gaben bei beiden Wahlen Wähler/-innen im Alter zwischen 40 bis 44 Jahren ihre Stimme per Brief ab (Bundestagswahl: 18,8%, Europawahl: 21,4%), danach waren es die 18- bis 20-Jährigen (19,1% beziehungsweise 21,5%).

### 5 Stimmabgabe

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht Aussagen zur Stimmabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht. Hierzu sind auf den Stimmzetteln der Stichprobenwahlbezirke in der oberen rechten Ecke Unterscheidungsmerkmale aufgedruckt, zum Beispiel „Mann, 1990 – 1996“. Für die Feststellung des amtlichen Ergebnisses werden die Stimmzettel – wie in „normalen“ Wahlbezirken – ohne Beachtung des Unterscheidungsaufdrucks ausgezählt. Erst später werten die Statistischen Ämter die Stimmen differenziert nach Geschlecht und Altersgruppe durch erneute Auszählung der Stimmzettel aus.

Für die repräsentative Wahlstatistik werden nicht sämtliche Parteien, die an der Wahl teilgenommen haben, analysiert. Mit den Statistischen Landesämtern wurde die Vereinbarung getroffen, eine Auswertung nach den bislang sechs im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU und als kumuliertes Ergebnis alle sonstigen Parteien sowie von den sonstigen die drei erfolgreichsten Parteien vorzunehmen. Bei der Bundestagswahl waren dies die Parteien PIRATEN, NPD und AfD, bei der Europawahl FREIE WÄHLER, PIRATEN und AfD.

Nach den amtlichen endgültigen Wahlergebnissen zur Bundestags- und Europawahl erzielten die Parteien folgende Stimmenanteile (bei der Bundestagswahl Zweitstimmenanteile):

#### Amtliche Endergebnisse ausgewählter Parteien

Prozent

	Bundestagswahl 2013	Europawahl 2014
CDU .....	34,1	30,0
SPD .....	25,7	27,3
FDP .....	4,8	3,4
DIE LINKE .....	8,6	7,4
GRÜNE .....	8,4	10,7
CSU .....	7,4	5,3
Sonstige .....	10,9	15,9
darunter:		
PIRATEN .....	2,2	1,4
AfD .....	4,7	7,1
FREIE WÄHLER .....	1,0	1,5
NPD .....	1,3	1,0

Bei der Bundestagswahl konnten aus technischen Gründen in vier Ländern nur zwei „sonstige“ Parteien für die repräsentative Wahlstatistik ausgewertet werden, daher ist für die NPD auf Bundesebene keine Aussage nach Geschlecht und Alter möglich. Bei der Europawahl konnte als dritte „sonstige“ Partei die PIRATEN in Bayern technisch nicht berücksichtigt werden.

Sowohl bei der Bundestags- als auch bei der Europawahl gewann im Vergleich zu den vorherigen Wahlen von den „etablierten“ Parteien lediglich die SPD Stimmen hinzu (Bundestagswahl: +2,7 Prozentpunkte, Europawahl: +6,5 Prozentpunkte). Verluste bei beiden Wahlen mussten die FDP (-9,8 Prozentpunkte beziehungsweise -7,6 Prozentpunkte), DIE LINKE (-3,3 Prozentpunkte beziehungsweise -0,1 Prozentpunkte) und die GRÜNEN (-2,3 Prozentpunkte beziehungsweise -1,4 Prozentpunkte) hinnehmen. Die CDU und CSU konnten bei der Bundestagswahl weitere Stimmenanteile für sich verbuchen (CDU: +6,9 Prozentpunkte, CSU: +0,9 Prozentpunkte), verloren allerdings bei der Europawahl leicht (CDU: -0,6 Prozentpunkte, CSU: -1,9 Prozentpunkte).

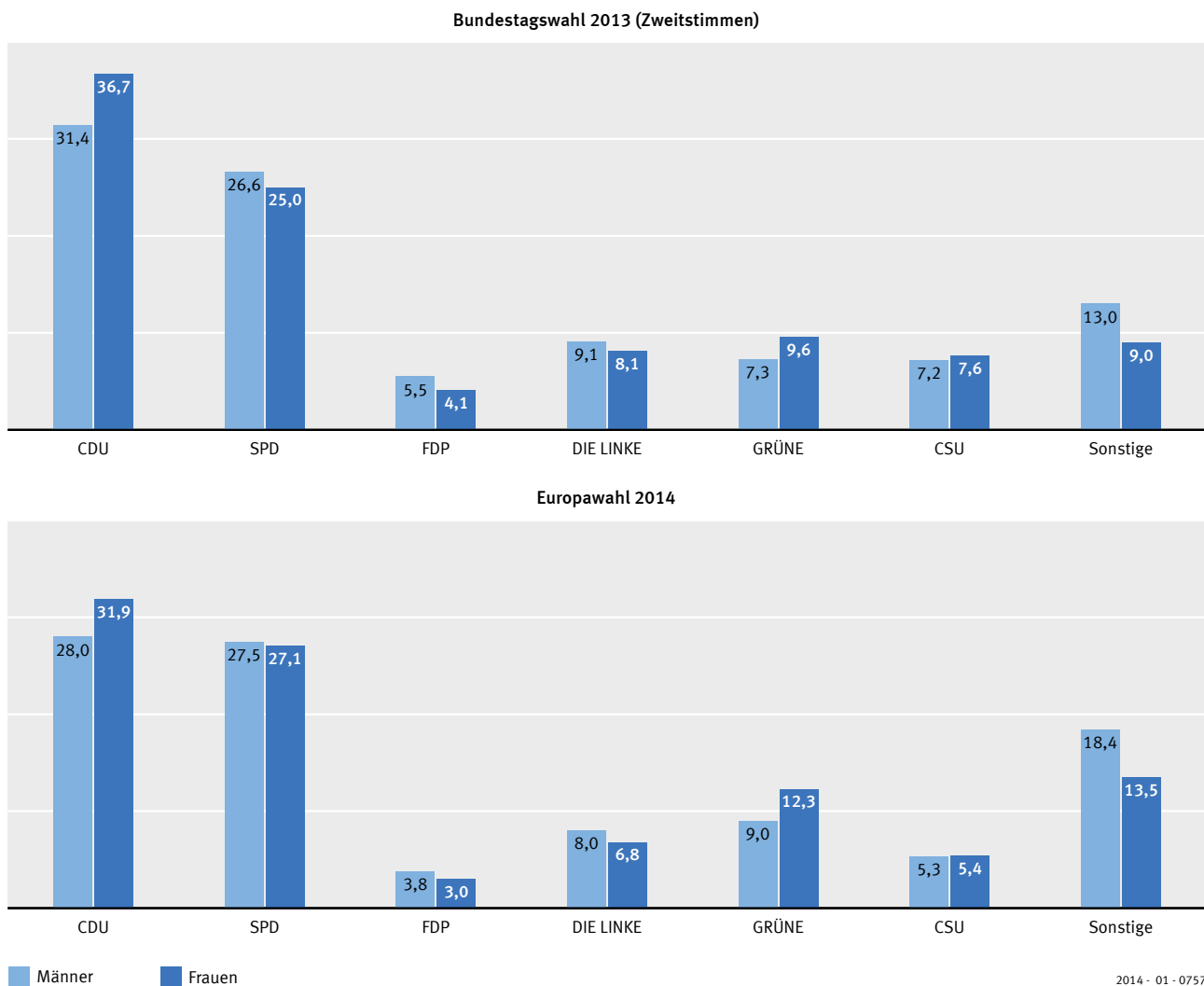
Zur Europawahl 2014 büßten nach der Bundestagswahl 2013 die CDU (-4,1 Prozentpunkte), die FDP (-1,4 Prozentpunkte), DIE LINKE (-1,2 Prozentpunkte) und die CSU (-2,1 Prozentpunkte) Stimmenanteile ein. Hinzugewonnen haben hingegen die SPD (+1,5 Prozentpunkte), die GRÜNEN (+2,2 Prozentpunkte) und in der Summe die „sonstigen“ Parteien (+5,0 Prozentpunkte). Letzteres ist insbesondere auf den anhaltenden Erfolg der AfD zurückzuführen.

#### 5.1 Stimmabgabe nach Geschlecht

Nach Geschlecht betrachtet ergibt sich bei beiden Wahlen das gleiche Bild: Frauen wählten bevorzugt CDU, GRÜNE und knapp die CSU, Männer hingegen SPD, FDP, DIE LINKE und in der Summe die sonstigen Parteien (siehe Schaubild 3). Unter den „Sonstigen“ profitierte vor allem die AfD von ihren männlichen Wählern: Ihr gaben zur Bundestagswahl 5,9% der Männer ihre Stimme gegenüber 3,6% bei den Frauen, bei der Europawahl sogar 9,1% gegenüber 5,1%.

Verglichen mit der jeweils vorherigen Wahl sorgten Männer und Frauen überwiegend gleichermaßen für die Stimmen-

**Schaubild 3 Stimmabgabe nach Geschlecht**  
in %



gewinne und -verluste der Parteien, jedoch teilweise mit unterschiedlicher Intensität. Deutliche Differenzen gab es bei der Bundestagswahl bei der SPD, bei der Männer die Partei im Vergleich zu 2009 häufiger wählten als Frauen (Männer: +3,6 Prozentpunkte, Frauen: +1,9 Prozentpunkte) sowie bei FDP und DIE LINKE. Bei der FDP ging der Stimmenanteil der Männer um 10,7 Prozentpunkte zurück, der der Frauen um 9,0 Prozentpunkte. DIE LINKE verlor 4,1 Prozentpunkte bei den Männern und 2,5 Prozentpunkte bei den Frauen. Bei der Europawahl fielen die Differenzen bei den GRÜNEN (Männer: –1,9 Prozentpunkte, Frauen: –1,0 Prozentpunkte), der FDP (Männer: –8,4 Prozentpunkte, Frauen: –6,9 Prozentpunkte) und DIE LINKE (Männer: –0,7 Prozentpunkte, Frauen: +0,5 Prozentpunkte) am stärksten auf.

Bei einer Gegenüberstellung der Bundestags- und Europawahl zeigt sich, dass Frauen verstärkt für die Stimmenverluste der CDU (Männer: –3,4 Prozentpunkte, Frauen: –4,8 Prozentpunkte) und für die Gewinne der SPD (Männer: +0,9 Prozentpunkte, Frauen: +2,1 Prozentpunkte) sowie GRÜNE (Männer: +1,8 Prozentpunkte, Frauen: +2,7 Prozentpunkte) verantwortlich waren.

## 5.2 Stimmabgabe nach Alter

Die CDU gewann bei der Bundestagswahl bei Wählerinnen und Wählern in allen sechs Altersgruppen hinzu. Mit Ausnahme der 45- bis 59-Jährigen stieg der Stimmenanteil von den Jüngsten (25,1%) bis zu den Ältesten (43,6%) kontinuierlich an. Zweitstärkste Partei war durchgängig die SPD, die den geringsten Rückhalt von den 35- bis 44-Jährigen (21,8%) und den größten von den 60- bis 69-Jährigen (28,4%) erhielt. Betrachtet man die Spannweite der Extremwerte beider Parteien, so waren die Stimmenanteile bei der SPD zwischen allen Altersgruppen also deutlich stabiler.

Relativ stabil waren auch die Anteile bei der FDP (Spannweite von 4,4% bis 5,2%) und den LINKEN (zwischen 6,7% und 10,1%). Auffallend war das Wählerverhalten bei den GRÜNEN, PIRATEN und der AfD: Hier profitierten die Parteien eher von den jüngeren Wählerinnen und Wählern. Bei den GRÜNEN sank der Stimmenanteil von den Jüngsten mit 11,9% über 5,8% bei den 60- bis 69-Jährigen bis schließlich auf 3,3% bei den ab 70-Jährigen. Bei den PIRATEN sank der Anteil von Jung bis Alt von 7,6% auf nur 0,2%. Bei



**Tabelle 6** Gültige (Zweit-)Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014  
Prozent

	Insgesamt	Alter von ... bis ... Jahren					
		18 – 24	25 – 34	35 – 44	45 – 59	60 – 69	70 und mehr
<b>Bundestagswahl 2013</b>							
CDU .....	34,1	25,1	29,6	32,9	31,4	35,1	43,6
SPD .....	25,7	24,5	21,9	21,7	26,3	28,4	28,3
FDP .....	4,8	4,9	4,7	4,9	4,4	4,9	5,2
DIE LINKE .....	8,6	7,4	8,6	8,0	9,8	10,1	6,7
GRÜNE .....	8,4	11,9	10,7	11,2	10,4	5,8	3,3
CSU .....	7,4	6,5	6,9	7,5	6,9	8,0	8,3
Sonstige .....	10,9	19,7	17,5	13,7	10,9	7,8	4,6
darunter:							
PIRATEN .....	2,2	7,6	5,5	2,8	1,5	0,6	0,2
AfD .....	4,7	5,3	5,4	5,5	5,4	4,6	2,8
<b>Europawahl 2014</b>							
CDU .....	30,0	24,1	25,4	28,5	26,7	29,4	39,1
SPD .....	27,3	21,3	20,0	21,3	27,0	32,3	31,9
FDP .....	3,4	3,0	3,1	3,5	3,2	3,5	3,6
DIE LINKE .....	7,4	7,0	8,1	6,7	7,9	8,5	6,0
GRÜNE .....	10,7	17,0	15,6	15,6	14,0	6,9	2,9
CSU .....	5,3	4,1	4,1	4,6	4,6	5,8	7,2
Sonstige .....	15,9	23,6	23,7	19,8	16,7	13,6	9,2
darunter:							
PIRATEN <sup>1</sup> .....	1,3	4,3	3,8	2,0	1,0	0,3	0,1
AfD .....	7,1	7,0	7,4	7,3	7,5	8,0	5,6
FREIE WÄHLER .....	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,3	0,9

1 Europawahl 2014: Ohne der Stimmen für die Partei PIRATEN aus Bayern.

der AfD knickte der Anteil beginnend von 5,3% erst in der Altersgruppe ab 70 Jahren auf 2,8% ein.

Ähnliche Aussagen treffen auch bei der Europawahl zu: CDU und SPD bildeten in allen Altersgruppen durchgängig die zwei stärksten Parteien, wenngleich bei den 45- bis 69-Jährigen die SPD höhere Anteile erzielen konnte als die CDU. Das schlechteste Ergebnis erzielte die CDU bei den Jung- und Erstwählern bis 24 Jahren mit 24,1%, das beste erneut bei den Ältesten ab 70 Jahren mit 39,1%. Mit 15,0 Prozentpunkten ist die Spannweite zwischen dem niedrigsten und höchsten Stimmenanteil bei der CDU auch bei der Europawahl wieder sehr groß. Die SPD schnitt bei den 25- bis 34-Jährigen mit 20,0% am schlechtesten, bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 60 und 69 Jahren mit 32,3% am besten ab (Spannweite: 12,3 Prozentpunkte).

Überwiegend konstant lagen die Stimmenanteile über alle Altersgruppen wieder bei der FDP (zwischen 3,0% und 3,6%) sowie bei den LINKEN (zwischen 6,0% und 8,5%). Bei GRÜNEN und PIRATEN entsprach das Wählerverhalten dem bei der Bundestagswahl, besonders stark ausgeprägt hier aber bei den GRÜNEN: Während die jungen Wähler/-innen dieser Partei 17,0% und die Altersgruppe 50 bis 59 Jahre ihr noch 14,0% ihrer Stimmen gaben, reichte es bei den Ältesten zu nicht mehr als 2,9%. Bei den PIRATEN sank der Stimmenanteil von 4,3% bei den bis 24-Jährigen auf 0,1% bei den ab 70-Jährigen. Auch die AfD schnitt bei den Wählerinnen und Wählern der ältesten Altersgruppe am schlechtesten ab, mit 5,6% aber nicht ganz so stark vom Durchschnitt abweichend.

Verglichen mit der vorherigen Bundestagswahl gewannen die CDU, SPD und CSU in allen Altersgruppen Stimmen-

anteile hinzu, FDP, GRÜNE und DIE LINKE verloren hingegen durchgängig. Für die CDU und CSU gab es die stärksten Zugewinne in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren mit +8,8 Prozentpunkten beziehungsweise +1,6 Prozentpunkten. Die SPD legte insbesondere bei den Jung- und Erstwählern stark zu (+6,3 Prozentpunkte). Die Verluste für die FDP waren in jeder Altersgruppe stark, besonders allerdings bei den 25- bis 34-Jährigen mit -13,5 Prozentpunkten, den geringsten Stimmenverlust verzeichnete die FDP bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahre (-7,2 Prozentpunkte). Die GRÜNEN verloren am meisten bei ihren Wählern zwischen 35 und 44 Jahren (-3,6 Prozentpunkte), die LINKE bei den 45- bis 59-Jährigen (-5,4 Prozentpunkte).

Bei der Europawahl gibt es ein nicht ganz einheitliches Bild: Bis zu den 59-Jährigen gewann die CDU noch leichte Stimmenanteile hinzu, verlor aber ab den 60-Jährigen deutlich (-3,3 Prozentpunkte). Die SPD gewann in allen Altersgruppen, am meisten bei den Ältesten mit +9,1 Prozentpunkten. Wähler/-innen bis 24 Jahre wählten die GRÜNEN gegenüber der Europawahl 2009 noch leicht häufiger, in den übrigen Altersgruppen aber seltener, die größte Differenz gab es mit -2,8 Prozentpunkten bei den 35- bis 44-Jährigen. Die LINKEN wurden von den Wählerinnen und Wählern bis 44 Jahre etwas häufiger und von den folgenden Altersgruppen etwas seltener gewählt. Die CSU musste in allen Altersgruppen Stimmenverluste hinnehmen, besonders von den ab 60-Jährigen mit -2,7 Prozentpunkten.

Bei der Europawahl verloren im Vergleich zur Bundestagswahl die CDU, FDP, DIE LINKE und CSU über alle Altersgruppen hinweg Stimmenanteile. Die SPD musste bei Wählerinnen und Wählern bis 44 Jahre noch Verluste hinnehmen, bei den älteren Altersgruppen gewann sie dann Stimmenanteile

hinzu. Bei den GRÜNEN waren es lediglich die ab 70-Jährigen, die der Partei weniger Stimmen als zur Bundestagswahl 2013 gaben. Während bei beiden Wahlen die jeweils stärkste Altersgruppe bei fast allen Parteien identisch war, gab es bei der AfD eine Ausnahme: Hier war die stärkste Altersgruppe bei der Bundestagswahl die der 35- bis 44-Jährigen, bei der Europawahl die der 60- bis 69-Jährigen.

### 5.3 Stimmabgabe nach West/Ost

Wie bereits die endgültigen Wahlergebnisse zeigen, unterscheidet sich das Stimmverhalten im Westen von dem im Osten Deutschlands. Die größten Unterschiede traten bei beiden Wahlen bei den Parteien SPD und DIE LINKE auf: Während die SPD stark im Westen und schwach im Osten abschnitt, wurde DIE LINKE vermehrt in den östlichen Bundesländern gewählt.

Die CDU hatte in den ostdeutschen Ländern den stärkeren Rückhalt. Zur Bundestagswahl 2013 bewegten sich im Westen die Stimmanteile zwischen 24,6% bei den 18- bis 24-Jährigen und 43,5% bei den ab 70-Jährigen, im Osten zwischen 28,9% und 43,8% bei denselben Altersgruppen. Trotz des insgesamt höheren Stimmenanteils im Osten lagen hier ihre Extremwerte näher beieinander. Bei der Europawahl 2014 verhielt es sich ähnlich (Spannweite West: 15,7 Prozentpunkte, Ost: 12,5 Prozentpunkte).

DIE LINKE profitierte im Osten insbesondere von den Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 60 und 69 Jahren: Hier erzielten sie bei der Bundestagswahl 27,5%, bei der Europawahl 25,1%. Im Westen lag die stärkste Altersgruppe jeweils bei den 25- bis 34-Jährigen, allerdings nur mit 6,8% beziehungsweise 6,4%.

### 5.4 Stimmabgabe nach Urnen-/Briefwahl

Bereits mit den amtlichen Endergebnissen wurde deutlich, dass sich das Wahlverhalten von Urnen- und Briefwählern

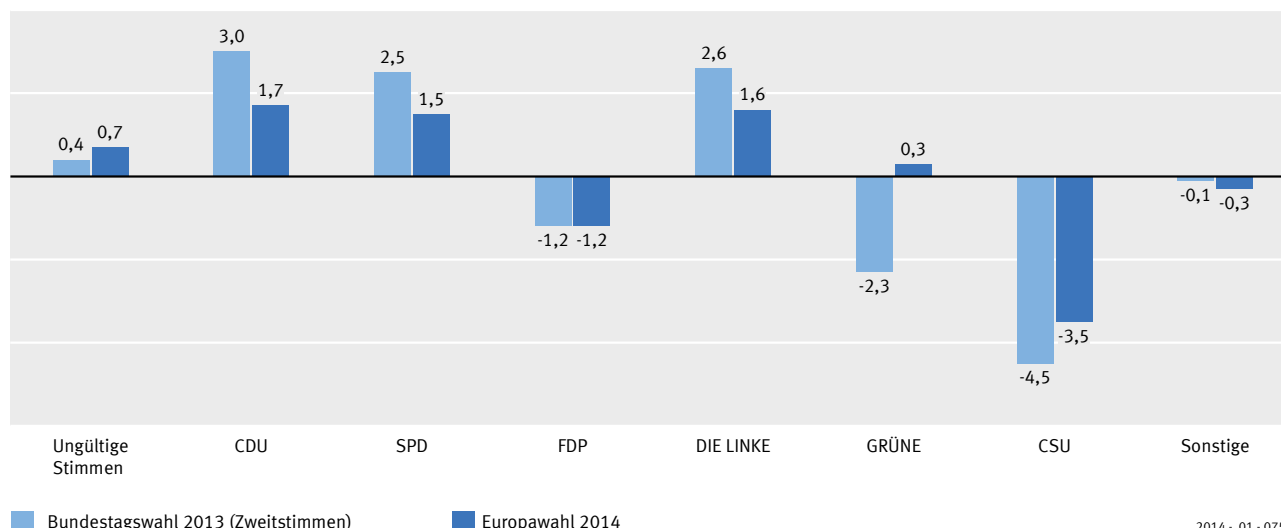
**Tabelle 7 Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 nach Urnen- und Briefwählern**  
Prozent

	Bundestagswahl 2013		Europawahl 2014	
	Urne	Brief	Urne	Brief
Ungültige Stimmen ..	1,4	0,9	1,8	1,1
CDU .....	34,7	32,3	30,5	28,7
SPD .....	26,2	24,4	27,6	26,2
FDP .....	4,3	6,1	3,1	4,3
DIE LINKE .....	9,3	6,5	7,8	6,2
GRÜNE .....	7,9	10,0	10,8	10,5
CSU .....	6,4	10,6	4,4	8,0
Sonstige .....	11,2	10,2	15,9	16,2
darunter:				
PIRATEN .....	2,3	2,0	1,5	1,3
NPD .....	1,4	0,8	1,2	0,6
AFD .....	5,0	3,9	6,9	7,5
FREIE WÄHLER .....	0,9	1,3	1,4	1,7

teilweise unterscheidet. Von den etablierten Parteien wies die FDP bei beiden Wahlen die absolut geringste Differenz zwischen den Urnen- und Briefwählern auf. Da sie jeweils auch einen geringen Stimmenanteil hatte, sind die Differenzen durchaus bedeutsam. Bei der Bundestagswahl 2013 hätten die Briefwähler die FDP mit 6,1% noch in den Bundestag gewählt (Urne: 4,3%). Bedingt durch die Regionalität der CSU und den hohen Briefwahlanteil in Bayern weist die CSU die größten Differenzen zwischen Urnen- und Briefwählern auf; bei der Europawahl 2014 hatte sie bei den Briefwählern (8,0%) einen fast doppelt so hohen Stimmanteil wie bei den Urnenwählern (4,4%).

CDU und SPD waren sowohl unter den Urnen- als auch unter den Briefwählern durchgängig die zwei stärksten Parteien. Hätten bei der Bundestagswahl 2013 die Urnenwähler allein das Wahlergebnis entschieden, so wäre die drittstärkste Partei DIE LINKE gefolgt von GRÜNE, CSU und AfD geworden. Bei den Briefwählern hätte die CSU den dritten Platz belegt, danach GRÜNE, DIE LINKE und FDP.

**Schaubild 4 Abweichung der Stimmabgabe zwischen Urnen- und Briefwählern/Briefwählerinnen**  
Prozentpunkte



2014 - 01 - 0758

Bei der Europawahl 2014 lagen auf den ersten drei Rängen unter allen Wählern – unabhängig von der Bezirksart – CDU, SPD und GRÜNE. Bei den Urnenwählern allein hätten dann DIE LINKE, AfD, CSU und FDP die folgenden Plätze belegt, bei den Briefwählern CSU, AfD, DIE LINKE und FDP.

Durch den geringen Stichprobenumfang der repräsentativen Briefwahlbezirke ist keine zufriedenstellend genaue Bestimmung der Stimmenanteile in den Briefwahlbezirken nach Geschlecht und Alter möglich. Die Auswertungen lassen aber tendenzielle Aussagen zu. Ergänzend zum Abschnitt 5.1 zur Stimmabgabe nach Geschlecht lässt sich feststellen, dass zur Bundestags- und Europawahl die CDU die höchsten Stimmenanteile von den Urnenwählerinnen erhalten hat, die geringsten hingegen von den männlichen Briefwählern bei der Bundestagswahl und den männlichen Urnenwählern bei der Europawahl. Bei der SPD sind keine großen Unterschiede erkennbar, diese gibt es jedoch bei den GRÜNEN: Im September 2013 hatten sie die höchsten Anteile bei den Briefwählerinnen, acht Monate später bei Frauen in Urnenwahlbezirken. Die FDP erhielt bei beiden Wahlen den meisten Rückhalt von den männlichen Brief-

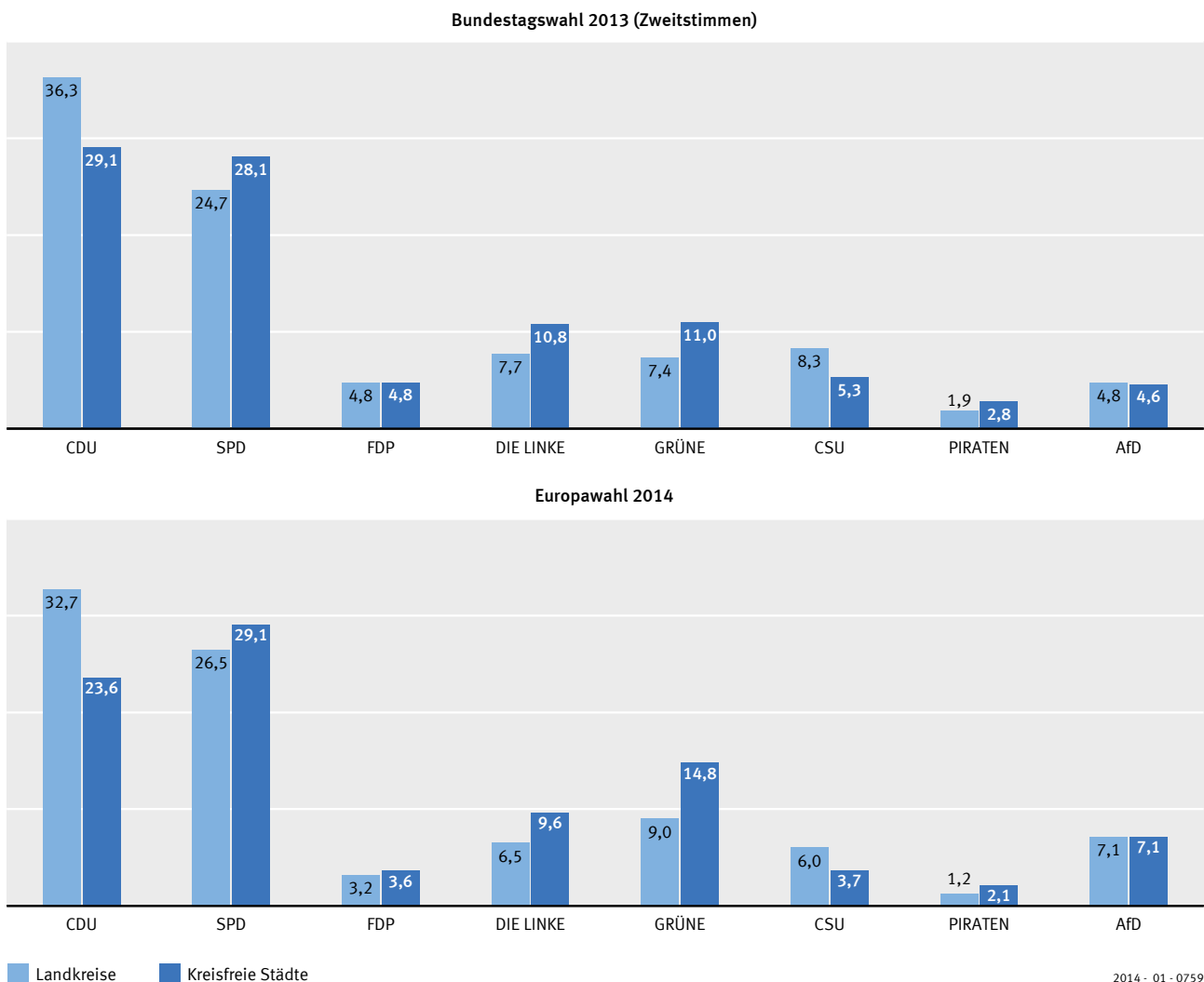
wählern, DIE LINKE hingegen von den männlichen Urnenwählern. Bei der CSU sind die Unterschiede nur marginal.

In der Betrachtung nach Altersgruppen fallen wenige Unterschiede auf. Eine deutliche Differenz gab es bei den GRÜNEN zur Bundestagswahl. Hier wählten die bis 59-Jährigen die Partei deutlich häufiger per Brief als in der Urne. Zur Europawahl ist das Verhältnis ausgeglichener. Die sonstigen Parteien gewannen in der Summe bei beiden Wahlen bei den jüngeren mehr Stimmen in den Urnenwahl- als in den Briefwahlbezirken.

### Exkurs: Ergebnisse in den Land- und Stadtkreisen

Die amtlichen Endergebnisse ermöglichen auch Aussagen zu den Wahlergebnissen in den gegenwärtig 402 Landkreisen und kreisfreien Städten in der Bundesrepublik Deutschland. So zeigt sich, dass bei beiden Wahlen die CDU in den Landkreisen deutlich häufiger gewählt wurden als in den kreisfreien Städten (bei der Bundestagswahl um 7,2 Prozentpunkte mehr, bei der Europawahl um 9,1 Prozentpunkte). Für die CSU betrug der Abstand Land- und Stadt-

**Schaubild 5 Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 nach Verwaltungseinheiten**  
in %



2014 - 01 - 0759

kreise bei der Bundestagswahl 3,0 Prozentpunkte, bei der Europawahl 2,3 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 2013 traf dies auch auf die AfD zu, wenn auch in geringem Umfang (+ 0,2 Prozentpunkte). Ansonsten gab es bei beiden Wahlen für die SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und PIRATEN sowie für die AfD bei der Europawahl mehr Stimmen aus den kreisfreien Städten als aus den Landkreisen. Besonders deutlich zu sehen ist dies bei den PIRATEN, die in den kreisfreien Städten jeweils mindestens 50% mehr Stimmen als in den Landkreisen erzielen konnten.

### 5.5 Wählerschaft

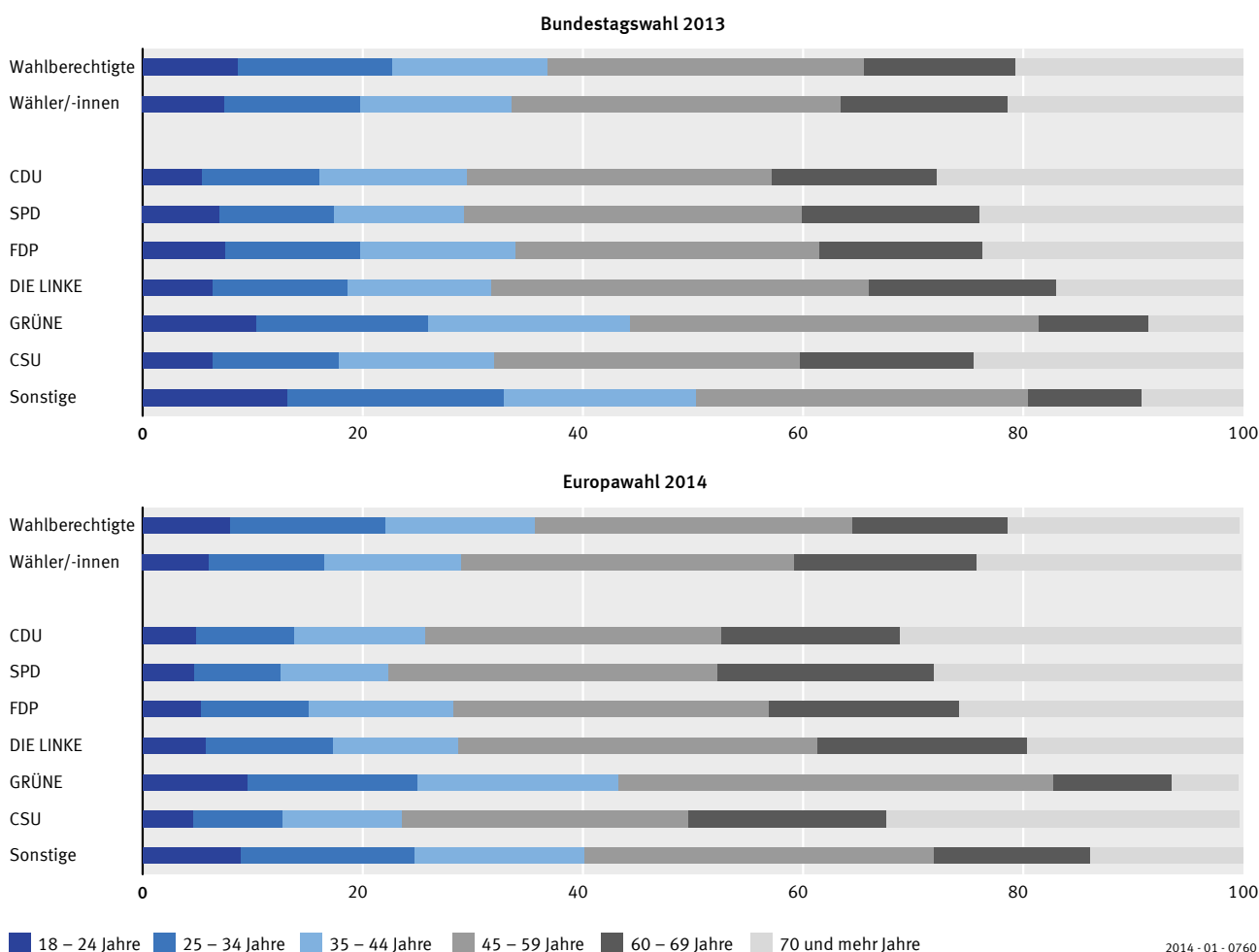
Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik erlauben nicht nur die Aussage, welche Parteien einzelne Bevölkerungsgruppen nach Geschlecht und Alter gewählt haben, sondern auch, wie sich die sogenannte Wählerschaft einer Partei zusammensetzt. Dieser Perspektivwechsel führt zwar zu denselben „signifikanten“ Gruppen, erlaubt aber Vergleiche mit der soziodemografischen Struktur der Wahlberechtigten beziehungsweise der Wähler und verdeutlicht, „wen“ die Parteien zu ihren Gunsten mobilisieren konnten.

So zeigt sich, dass CDU, SPD und CSU sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl 2014

vor allem von älteren Wählerinnen und Wählern profitiert haben. 42,8% der Wähler/-innen der CDU waren bei der Bundestagswahl 60 Jahre und älter, bei der Europawahl waren es sogar 47,4%. Bei der SPD hatten 40,1% (Bundestagswahl) beziehungsweise 47,7% (Europawahl) der Wählerinnen und Wähler dieses Alter bereits erreicht, bei der CSU 40,2% beziehungsweise 50,4% aller Wähler/-innen. In den gut acht Monaten zwischen der Bundestags- und der Europawahl ist die Wählerschaft dieser Parteien also auffallend gealtert. Zum Vergleich: Im September 2013 hatte diese Altersgruppe einen Anteil von 34,4% an allen Wahlberechtigten, im Mai 2014 betrug ihr Anteil 35,5%.

Bei beiden Wahlen entsprach die Wählerschaft der FDP, der LINKEN und der AfD etwa der Altersstruktur aller Wahlberechtigten. Auffallend bei der LINKEN ist die Altersgruppe 45 bis 59 Jahren, die mit 34,3% bei der Bundestagswahl beziehungsweise 32,6% bei der Europawahl überdurchschnittlich stark vertreten war. Die GRÜNEN und PIRATEN fallen hingegen durch ihre junge Wählerschaft auf. 44,3% beziehungsweise 43,2% der GRÜNEN-Wähler/-innen waren 44 Jahre und jünger, bei den PIRATEN war sogar über die Hälfte ihrer Wähler/-innen 34 Jahre und jünger (Bundestagswahl: 56,0%, Europawahl: 51,2%).

**Schaubild 6 Altersstruktur der Wahlberechtigten und der Wähler/-innen nach Parteien**  
in %



2014 - 01 - 0760

### 5.6 Stimmensplitting

Von Stimmensplitting spricht man, wenn bei der Stimmabgabe mit der Erst- und Zweitstimme unterschiedliche Parteien gewählt werden. Aussagen zum Stimmensplitting können nur für Bundestagswahlen getroffen werden, da bei Europawahlen jeder Wähler nur eine Stimme hat.

Wenn sie mit der Erst- und Zweitstimme unterschiedliche Parteien wählen, können Wählerinnen und Wähler wahltaktische Überlegungen realisieren. Durch die Erststimme gewinnt der Wahlkreis Kandidat, der die meisten Stimmen in seinem Wahlkreis für sich verbuchen konnte. Die Zweitstimme hingegen wird nur berücksichtigt, wenn eine Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt oder wenigstens drei Wahlkreismandate erzielt hat. Im Hinblick auf diese Entscheidung geben die Anhänger/-innen einer „kleineren“ Partei die Erststimme häufig dem Bewerber beziehungsweise der Bewerberin einer „größeren“ Partei eines möglichen Koalitionspartners, um die Stimme nicht an wenig aussichtsreiche Wahlkreis Kandidaten (der eigentlich bevorzugten Partei) zu „verschenken“, während sie mit der Zweitstimme ihre Partei unterstützen. Für die Anhänger/-innen einer „größeren“ Partei bietet sich die Möglichkeit an, die Erststimme dem Kandidaten beziehungsweise der Kandidatin der eigenen Partei zu geben und die Zweitstimme einer „kleineren“ Partei als möglichem Koalitionspartner zu „leihen“, damit diese die Sperrklausel sicher überwinden kann.

Mit dem amtlichen Endergebnis zur Bundestagswahl 2013 war bereits zu erkennen, dass insbesondere „kleinere“ Parteien deutlich mehr Zweit- als Erststimmen verzeichnet

haben, so unter anderem die FDP (+ 1 054 888 Stimmen) und die GRÜNEN (+ 513 758 Stimmen). Bei den „größeren“ Parteien hingegen überwog die Anzahl der Erststimmen, bei der CDU waren es 1 311 765 mehr Erst- als Zweitstimmen, bei der SPD übertraf die Zahl der Erststimmen die der Zweitstimmen um 1 591 243 Stimmen.

Durch die repräsentative Wahlstatistik, die auch die Kombination der Erst- und Zweitstimme auswertet, sind differenzierte Aussagen zum Stimmensplitting möglich. Gemessen an allen gültigen Erst- und Zweitstimmen innerhalb der Parteien CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU sowie der sonstigen Parteien als Summe lag die Splittingquote 2013 bei 23,0% (2009: 26,4%). Eine bundesweite Auswertung der Splittinganteile für die Parteien AfD, PIRATEN und NPD ist nur begrenzt sinnvoll, da die Parteien nicht in allen Wahlkreisen und Landeslisten mit Wahlvorschlägen vertreten waren. Die Wähler/-innen waren so mitunter „gezwungen“, mit der anderen Stimme abweichend zu wählen.

Der Anteil des Stimmensplittings differiert bei den Wählern der einzelnen Parteien sehr stark. Wie auch bei der Bundestagswahl 2009 haben die Zweitstimmenwähler der CDU und SPD sowie der CSU vergleichsweise selten das Stimmensplitting genutzt. Am geringsten ausgeprägt war es bei den CSU-Zweitstimmenwählern, die zu 92,3% auch mit der Erststimme die CSU-Kandidaten wählten.

Sehr viel stärker nutzen traditionell die Wähler/-innen der FDP und der GRÜNEN das Stimmensplitting. Besonders häufig splitteten die Wähler/-innen der FDP: Mehr als 72% wählten mit der Erststimme die Direktkandidaten einer anderen

**Tabelle 8** Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013

Erststimmen = 100

	Von 100 Wählern, die mit der Erststimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme							
	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige	ungültig
CDU .....	<b>82,5</b>	3,2	6,9	1,3	1,5	–	4,2	0,4
Männer .....	<b>80,7</b>	3,2	8,5	1,2	1,1	–	5,1	0,3
Frauen .....	<b>84,1</b>	3,2	5,5	1,4	1,8	–	3,4	0,5
SPD .....	5,1	<b>73,7</b>	0,9	4,6	9,9	0,6	4,9	0,4
Männer .....	4,1	<b>74,9</b>	0,8	4,9	9,1	0,5	5,5	0,3
Frauen .....	6,0	<b>72,6</b>	0,9	4,3	10,7	0,7	4,3	0,5
FDP .....	21,3	5,0	<b>55,6</b>	1,5	2,0	4,2	10,0	0,4
Männer .....	17,9	4,5	<b>60,3</b>	1,2	1,2	3,6	11,0	0,3
Frauen .....	24,7	5,5	<b>51,0</b>	1,7	2,8	4,8	9,1	0,4
DIE LINKE .....	4,5	8,6	0,4	<b>72,5</b>	3,3	0,2	10,3	0,2
Männer .....	3,4	8,2	0,3	<b>73,9</b>	2,7	0,2	11,1	0,2
Frauen .....	5,7	8,9	0,4	<b>71,0</b>	4,0	0,2	9,4	0,3
GRÜNE .....	7,3	17,9	0,8	5,5	<b>59,7</b>	1,1	7,5	0,2
Männer .....	5,7	18,3	0,9	6,1	<b>59,5</b>	1,0	8,2	0,2
Frauen .....	8,4	17,6	0,7	5,1	<b>59,8</b>	1,2	7,0	0,2
CSU .....	–	2,7	5,5	0,5	1,4	<b>84,5</b>	5,1	0,4
Männer .....	–	2,8	6,5	0,5	1,0	<b>83,4</b>	5,5	0,3
Frauen .....	–	2,6	4,5	0,5	1,7	<b>85,5</b>	4,8	0,5
Sonstige .....	6,0	6,0	1,2	4,3	2,7	2,2	<b>77,3</b>	0,3
Männer .....	5,2	6,0	1,3	4,1	2,1	1,8	<b>79,2</b>	0,3
Frauen .....	7,1	5,9	1,1	4,5	3,6	2,8	<b>74,5</b>	0,5
Ungültige Stimmen ...	9,9	6,8	1,1	2,2	1,6	1,9	13,7	<b>62,8</b>
Männer .....	8,8	6,7	1,2	2,4	1,6	1,8	16,1	<b>61,5</b>
Frauen .....	10,9	6,9	1,0	2,1	1,6	2,0	11,6	<b>63,9</b>



**Tabelle 9** Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013

Zweitstimmen = 100

	Von 100 Wählern, die mit der Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme							
	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige	ungültig
CDU .....	<b>89,8</b>	4,4	1,5	1,1	1,6	–	1,3	0,5
Männer .....	<b>90,8</b>	3,9	1,4	0,9	1,1	–	1,5	0,4
Frauen .....	<b>89,0</b>	4,7	1,5	1,2	1,9	–	1,1	0,5
SPD .....	4,6	<b>84,1</b>	0,5	2,7	5,1	0,8	1,7	0,4
Männer .....	4,3	<b>85,2</b>	0,4	2,7	4,2	0,9	2,0	0,4
Frauen .....	5,0	<b>83,1</b>	0,5	2,8	5,9	0,8	1,4	0,4
FDP .....	53,8	5,4	<b>27,4</b>	0,6	1,2	9,3	1,9	0,4
Männer .....	55,1	4,7	<b>26,7</b>	0,5	1,0	9,6	2,1	0,3
Frauen .....	52,2	6,2	<b>28,4</b>	0,8	1,4	9,0	1,6	0,4
DIE LINKE .....	5,5	15,7	0,4	<b>69,2</b>	4,7	0,5	3,7	0,4
Männer .....	4,5	16,0	0,3	<b>70,2</b>	4,0	0,4	4,0	0,4
Frauen .....	6,6	15,3	0,5	<b>68,1</b>	5,4	0,5	3,3	0,4
GRÜNE .....	6,5	34,4	0,6	3,2	<b>51,4</b>	1,3	2,4	0,3
Männer .....	5,1	37,8	0,4	3,2	<b>49,4</b>	1,2	2,6	0,3
Frauen .....	7,5	31,9	0,7	3,2	<b>52,9</b>	1,4	2,2	0,3
CSU .....	–	2,4	1,3	0,2	1,1	<b>92,3</b>	2,2	0,4
Männer .....	–	2,2	1,2	0,2	0,8	<b>92,9</b>	2,3	0,4
Frauen .....	–	2,7	1,5	0,2	1,4	<b>91,8</b>	2,1	0,4
Sonstige .....	14,3	13,2	2,2	7,7	5,0	3,8	<b>52,0</b>	2,0
Männer .....	13,9	12,8	2,0	7,4	3,8	3,4	<b>54,8</b>	1,9
Frauen .....	14,8	13,7	2,3	8,1	6,5	4,4	<b>48,1</b>	2,1
Ungültige Stimmen ...	10,6	8,1	0,7	1,5	1,0	2,3	1,9	<b>73,8</b>
Männer .....	8,2	6,8	0,7	1,4	1,0	1,7	1,9	<b>78,2</b>
Frauen .....	12,5	9,1	0,7	1,6	1,0	2,8	1,8	<b>70,4</b>

Partei, dabei vornehmlich die von CDU (53,8%) oder CSU (9,3%). Bei den GRÜNEN gaben die Zweitstimmenwähler nach den Kandidaten der eigenen Partei am zweithäufigsten mit 34,4% ihre Erststimmen den Kandidaten der SPD.

Bei den Wählern der LINKEN war gegen den allgemeinen Trend eine geringe Zunahme des Stimmensplittings im Vergleich zu 2009 festzustellen. So gaben von den Wählern, die mit ihrer Zweitstimme für DIE LINKE votierten, 15,7% ihre Erststimme Kandidaten der SPD.

Im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass die Zweitstimmenwähler der „großen“ Parteien im Osten häufiger ihre Erststimme an Kandidaten „kleinerer“ Parteien gaben. Hier wählten nur 74,3% der SPD-Wähler auch mit ihrer Erststimme SPD (Westen: 85,5%). Davon haben insbesondere Direktkandidaten der LINKEN profitiert. Bei der CDU wählten im Osten lediglich 86,4% mit beiden Stimmen CDU. Im Westen waren es hingegen 90,6%.

Im früheren Bundesgebiet hingegen war die Tendenz zum Splitting bei den Zweitstimmenwählern der LINKEN deutlich stärker. Sie wählten nur zu 59,9% auch den Direktkandidaten der LINKEN, in den neuen Ländern traf dies auf 79,9% zu. Ein annähernd gleiches Splittingverhalten zeigten nur die Zweitstimmenwähler der GRÜNEN, die im Westen zu 51,6% und im Osten zu 49,8% mit beiden Stimmen die GRÜNEN wählten.

Berlin war das Land, in dem am häufigsten die Stimmen unterschiedlich abgegeben wurden (27,2%), im Saarland am seltensten (19,9%). Während Frauen und Männer gleich

häufig splitteten, waren es vor allem die unter 25-Jährigen, die am meisten davon Gebrauch machten (35,3%). In den folgenden Altersgruppen sinken die Quoten kontinuierlich bis zu den ab 70-Jährigen, welche nur noch zu 13,8% zwei unterschiedliche Parteien wählten.

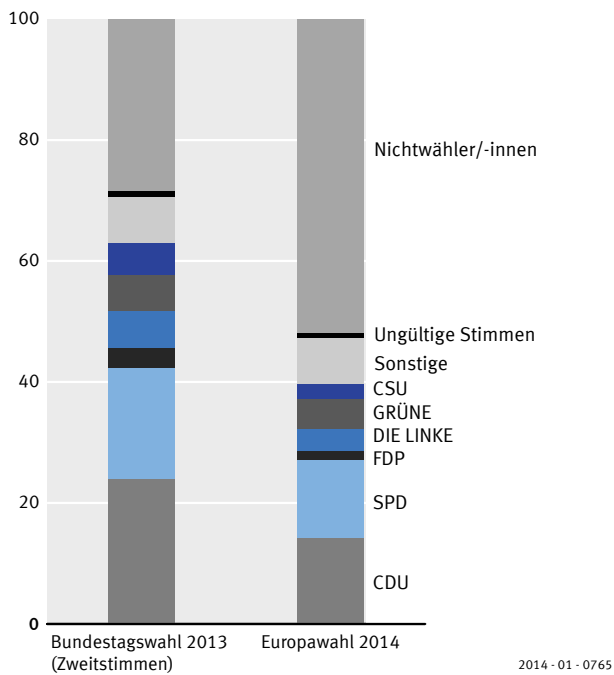
### Exkurs: Ausschöpfungsquoten der Parteien

Die Nichtwähler/-innen an den Wahlberechtigten waren auch bei der Bundestagswahl 2013 mit 28,5% und bei der Europawahl 2014 mit 51,9% jeweils „stärkste Kraft“, wengleich gegenüber den vorhergehenden Wahlen mit einem geringeren „Vorsprung“ (siehe Kapitel 4). Berücksichtigt man die Nichtwähler/-innen sowie die ungültigen Stimmabgaben, so erhielt die CDU als jeweils stärkste Partei unter allen Wahlberechtigten nur noch einen Anteil von 24,1% bei der Bundestagswahl beziehungsweise 14,2% bei der Europawahl. Die SPD konnte nur noch 18,2% beziehungsweise 12,9%, DIE LINKE als drittstärkste Partei bei der Bundestagswahl noch 6,1% und die GRÜNEN als drittstärkste Partei bei der Europawahl 5,1% erzielen (siehe Schaubild 7 auf Seite 732).

## 6 Ungültige Stimmen

Sowohl bei der Bundestags- als auch bei der Europawahl lag der Anteil der ungültigen Stimmen jeweils – wie bei den Wahlen zuvor – auf einem niedrigen Niveau (Bundestagswahl: 1,5% der Erststimmen und 1,3% der Zweitstimmen, Europawahl: 1,6%). Ungültig sind Stimmen dann, wenn auf dem Stimmzettel die Spalte für die Stimme leer oder

**Schaubild 7 Ausschöpfungsquoten der Parteien und Anteil der Nichtwähler/-innen**



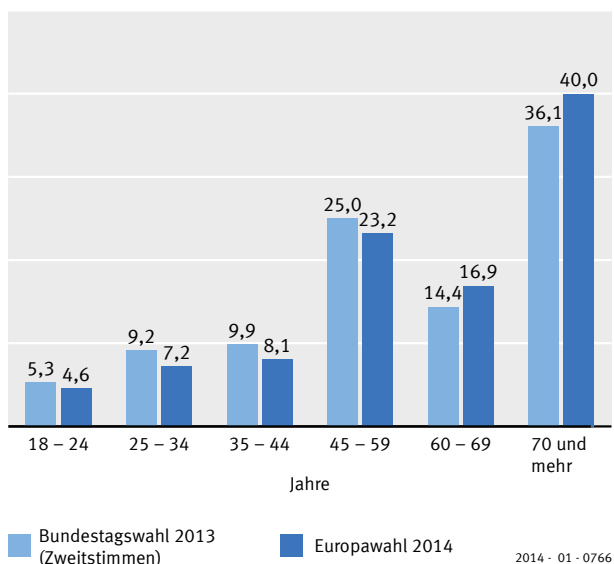
Anteil leicht an und setzte sich bei den ab 70-Jährigen bei der Bundestagswahl mit 2,2% und bei der Europawahl mit 2,7% deutlich gegenüber den anderen Altersgruppen ab. Umgekehrt aus Sicht der Wählerschaft ergibt sich folgendes Bild: Von allen ungültigen Stimmen stammten lediglich 5,3% bei der Bundestagswahl beziehungsweise 4,6% bei der Europawahl von Wählerinnen und Wählern unter 25 Jahren. Demgegenüber kamen 36,1% beziehungsweise 40,0% aller ungültigen Stimmen aus der Altersgruppe 70 Jahre und mehr.

Neben der Auszählung der (ungültigen) Stimmen wird auch analysiert, nach welcher Art die Stimmen ungültig waren. Bei beiden Wahlen war der weit überwiegende Anteil von knapp 70% aller ungültigen Stimmen ausschließlich darauf zurückzuführen, dass keine Kennzeichnung erfolgte oder dass die Stimmen durchgestrichen wurden. Dies deutet auf eine bewusste Entscheidung für eine ungültige Stimmabgabe hin. Zweithäufigste Ursache, die zu einer ungültigen Stimmabgabe führte, waren mehrere Kreuze für eine Stimme (Bundestagswahl 2013: 21,4%, Europawahl 2014: 23,6%). [u](#)

durchgestrichen ist, wenn der Wählerwille nicht zweifelsfrei erkennbar ist (zum Beispiel bei mehreren Kreuzen in einer Spalte) oder wenn der Stimmzettel einen Zusatz oder Vorbehalt enthält. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden im Folgenden bei der Bundestagswahl nur die ungültigen Zweitstimmen näher betrachtet.

Frauen gaben bei beiden Wahlen leicht häufiger ungültige Stimmen ab als Männer. Deutlicher sind die Unterschiede in der Betrachtung nach Altersgruppen: Bei den Wählerinnen und Wählern bis 59 Jahre lag der Anteil ungültiger Stimmen jeweils bei etwa 1,0%, bei den 60- bis 69-Jährigen stieg der

**Schaubild 8 Ungültige Stimmen nach Altersgruppen**



## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

### Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Schriftleitung

Dieter Sarreither,  
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer  
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

### Ihr Kontakt zu uns

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

### Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

### Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

### Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.